

Mit Mut und Zusammenhalt zu einer guten Zukunft

Es ist Zeit, sich zu verändern. Diese Erkenntnis treibt viele Genoss:innen um. Veränderung braucht Mut. Und diesen Mut hat unsere Partei, die die Gesellschaft verändern will, in ihren Genen. Die Linke war und ist einzigartig in der Parteienlandschaft. Links von der Sozialdemokratie ist sie Antreiberin für Soziale Gerechtigkeit, sie streitet konsequent für Frieden, die Befreiung und Selbstbestimmung aller Menschen, sie kombiniert die Frage nach dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen mit dem Ruf nach Gerechtigkeit und sozialen Garantien für die Menschen.

Doch Die Linke steht an einem Punkt, an dem sie seit ihrer Gründung noch nie war. Sie **droht ihre politische Bedeutung zu verlieren**.

Die desaströsen Wahlergebnisse lassen nur die Erkenntnis zu, dass sich unsere Partei neu aufstellen muss. Sie braucht einen Neuanfang. Auch in Sachsen-Anhalt hinterlässt der massive Rechtsruck Spuren. Das Herz unserer politischen Arbeit, die starke Kommunalpolitik nah an den Menschen vor Ort, wurde durch die hohen Verluste erschüttert. Und das Ergebnis der Europawahlen gibt einen Ausblick auf die kommende Bundestagswahl, auf die sich unsere Partei mit diesem Parteitag genauso vorbereiten muss wie auf die Landtagswahl.

Und darum ist eine schonungslose Analyse zur Situation unserer Partei und der vergangenen Wahlen ebenso notwendig wie ein mutiger Blick nach vorn.

Unsere Grundwerte Gemeinschaft, Zusammenhalt, Gerechtigkeit werden uns auf diesem Weg leiten. Wir werden uns verändern, um besser und wieder stärker zu werden, damit wir das tun können, was unsere Aufgabe ist: Diese Gesellschaft mit den Menschen zum Guten gestalten.

Die Stärke unserer Partei war und ist die Einbeziehung aller Mitglieder und auch Sympathisant:innen bei Diskussionen um die Entwicklung guter Ideen, bei Wahlkämpfen und auch bei unseren Erfolgen bzw. Misserfolgen. Gerade jedoch Misserfolge sind es, die uns mürbe machen und deshalb wollen wir gemeinsam wieder zurück auf die Erfolgsspur. Und wir sagen: Wir haben das Zeug dazu!

Eine Partei, die Neugier, Leidenschaft, Selbstbewusstsein und Zusammenhalt nicht nur gesellschaftlich einfordert, sondern auch ausstrahlt, ist eine Partei, in der man Lust hat mitzuwirken. Das ist eine Partei, der man vertraut und die man unterstützen möchte. Wir haben auf kommunaler und Landesebene bewiesen, dass wir eine verlässliche linke Kraft sind. Wir streiten z. B. für eine bessere Kinderbetreuung, für eine glückliche Kindheit ohne Armut, für eine chancengerechte Bildung, für bezahlbaren Wohnraum, für bezahlbaren Nahverkehr, für ein gutes Gesundheitssystem für alle und mehr demokratische Mitsprache für alle Bürger:innen – kurz: für eine bessere Gesellschaft!

Es ist an der Zeit, den Menschen deutlich zu machen, dass wir bei Wahlen ihre Stimme brauchen, um in unserem Engagement für ihre Interessen gestärkt weitermachen zu können.

Die Themen der Zukunft liegen in gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle Menschen in unserem Land. Es muss uns gelingen, Zeichen zu setzen gegen Hass und Hetze, gegen Polarisierung und bewusste Aushöhlung des Vertrauens in Demokratie und Menschenrechte. Dies auf populäre Weise darzustellen, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Wir müssen die Herzen der Menschen erreichen.

Lasst uns mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Es gibt vieles, was wir beeinflussen können. Das Scheitern der Linken in Europa, in Deutschland, in Sachsen-Anhalt ist kein Naturgesetz. **Wir haben unsere Zukunft in der Hand!**

1 – Politische Situation nach der Kommunal- und Europawahl

Die Linke hat auf europäischer Ebene und auf kommunaler Ebene verloren. Europa und die Kommunen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und weiteren Bundesländern rücken weiter nach rechts.

Die viel beschworene Brandmauer der CDU zur AfD hat nach der Kommunalwahl tiefe Risse bekommen. In vielen Kommunen in Sachsen-Anhalt stellt die AfD Ortschaftsräte, (stellvertretende) Kreistags- und Gemeinderatsvorsitzende und das in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der CDU. **Die Gestaltungsspielräume für unsere Politik, für soziale und progressive Politik, sind deutlich kleiner geworden.** Auf unsere kommunalen Mandats- und Funktionsträger:innen werden große Herausforderungen zukommen, bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen eigene Projekte, Anträge und Ideen durchzusetzen und gleichzeitig Verschlechterungen, Kürzungen bei sozialen Projekten, bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei Mobilitätsangeboten usw. zu verhindern. Die Hoffnung, dass die AfD entzaubert wird, wenn sie Verantwortung übernehmen muss, wird sich nicht erfüllen, vielmehr werden tatsächliche Verschlechterungen bei der Daseinsvorsorge, bei sozialen Projekten, bei Dienstleistungen der Verwaltung konkret werden und nur sehr langsam wieder zurückgedreht werden können.

Der Wahlerfolg des neuen Linksbündnisses in Frankreich, welches einen Wahlsieg der rechtsextremen Partei von Marine Le Pen, Rassemblement National verhinderte, der Wahlsieg der Labour-Partei in Großbritannien und die Abwahl der national-konservativen PiS-Partei in Polen lassen auf eine andere Zukunft hoffen. Dennoch wird sich erst in den nächsten Jahren entscheiden, ob sie für uns ein Blick in die Zukunft oder ein Blick zurück sind. Holen sie nur das nach, was wir seit 2021 erleben oder sind sie ein neuer, gangbarer Weg für die Zukunft? SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden im Bund für ein Versprechen gewählt, das eine bessere Zukunft, mehr Respekt, mehr soziale Sicherheit versprach. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Die Umfrageergebnisse und die Ergebnisse der Europawahl lassen vermuten, dass die derzeitige Bundesregierung nicht weitergeführt werden kann. Nach 16 Jahren CDU in der Bundesregierung in unterschiedlicher Konstellation droht nach nur einer Legislaturperiode diese wieder in die Nähe der Regierungsverantwortung zu kommen. Fraglich ist allerdings, ob sie dann in eine Koalition mit der AfD oder anderen Parteien geht. Das Parteiensystem in Deutschland zerfasert immer mehr. Eine Koalition mit nur zwei Parteien auf Bundesebene scheint der Vergangenheit anzugehören.

Gleichzeitig erleben wir eine Erosion der Demokratie, ein stark wachsendes Misstrauen gegen staatliche Institutionen, gegen die Politik im Allgemeinen, bei der Problemlösungskompetenz von Politik, gegen die Demokratie an sich, vor allem in Ostdeutschland. Viele Menschen, so zeigen es auch Fokusgruppenumfragen u. a. in Brandenburg, empfinden Politik als zu weit weg von ihrer eigenen Lebenssituation. Sie fühlen sich mit ihren Alltagsproblemen zu wenig gesehen und auch nicht ernst genommen. Während der Politik des Bundes dabei vor allem negative Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation zugerechnet werden, wird die Landespolitik als im Grunde bedeutungslos wahrgenommen. Ein Befund, der nicht nur für Brandenburg, sondern auch für Sachsen-Anhalt anzunehmen ist. **Die Krisenerfahrung der letzten Jahre hat das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik zusätzlich beschädigt**, d. h. das Vertrauen, dass Politik überhaupt in der Lage ist, die wahrgenommenen Probleme lösen zu können, ist stark zurückgegangen. **Vielmehr hat sich ein Gefühl der Ohnmacht breit gemacht, verstärkt durch eine Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die gestiegenen Lebenshaltungskosten.** Diese Ohnmacht führt unabhängig von der eigenen sozialen Situation zu einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Sicherheit ist dabei in einem weiten Sinne zu verstehen, **Sicherheit, frei von Krieg leben zu können, frei von Armut, soziale Sicherheit, berufliche Sicherheit, aber vor allem Planungssicherheit. Die Menschen erwarten von Politik planvolles, vorausschauendes, verlässliches Handeln.**

Auch das sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld beeinflusst individuelle Einstellungen und Wahlentscheidungen. Wahlnachbefragungen zeigen bei der Europawahl deutlich, dass AfD und BSW vor allem in ländlichen Regionen gewählt werden, hingegen Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem in den Großstädten. **Faktoren wie etwa Bevölkerungsgrößen von Gemeinden, negativer Wanderungssaldo, hohe Arbeitslosenzahl und schlechte Anbindung an die Infrastruktur können sich auf die Stimmenanteile der AfD auswirken.** Gleichzeitig gibt es verfestigte extrem rechte Milieus, wie auch schon Wahlergebnisse für die DVU zeigten und Studien nachweisen. Jedoch, die AfD wird nicht nur in kleinen, schrumpfenden Gemeinden gewählt, sondern auch in größeren Städten bzw. Stadtteilen.

Rechte Parteien profitieren von Sparpolitik und dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge. Dort, wo die Verpflichtung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (subjektiv empfunden, aber auch objektiv) nicht (ausreichend) eingelöst wird, haben es antidemokratische Kräfte leichter. Unabhängig von der persönlichen Betroffenheit von sozialer Ungleichheit entsteht in strukturschwachen Regionen ein Gefühl des Abgehängtseins.

Anzunehmen ist, dass eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft und gute sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Ausgangsbedingungen eher die Wahl demokratischer Parteien befördert, wohingegen verfestigte extrem rechte Milieus und schlechte Strukturbedingungen zusammengenommen das Risiko der Wahl extrem rechter Parteien erhöhen.

Diese Befunde sind nicht neu, verstärken aber die **Notwendigkeit, dass wir als Partei für den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse noch stärker eintreten und konkrete Lösungsansätze anbieten**, die Daseinsvorsorge weiter auszubauen, statt sie zusammenzukürzen. Unsere Ideen und Lösungsvorschläge sind gewinnbringend, scheitern jedoch an den Mehrheitsverhältnissen und dem fehlenden Willen der anderen Parteien. Auch die CDU-/SPD-/FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt ist nicht in der Lage, dem Versagen der Ampel-Regierung etwas entgegenzusetzen. **Im Zentrum stehen hier das Versagen bei den Themen Bildung und Gesundheit.** Der

zum großen Teil hausgemachte Personalnotstand in den Schulen und die weitgehende Inaktivität der Landesregierung beim Abbau der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, forcieren ein gesellschaftliches Klima von Angst und Pessimismus.

Die Diskussion auf Bundesebene zur Schuldenbremse zeigt die **Verweigerungshaltung anderer Parteien, notwendige Investitionen in die Infrastruktur oder Daseinsvorsorge zu leisten**. Die jüngsten Vorschläge vom Parteivorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, das Bahnangebot weiter auszudünnen, sind ein weiterer Beleg. Ein Ausdünnen würde mit aller Wahrscheinlichkeit nicht die gut ausgelasteten Strecken mit vielen Fahrgästen betreffen, sondern eben wieder jene in der Peripherie, im ländlichen Raum. Es hätte ein weiteres Abhängen von Regionen, von Dörfern und Menschen, die in diesen Dörfern leben, zur Folge. Das objektive Gefühl des Abgehängtseins würde weiter steigen. Ähnlich verhält es sich mit dem Schließen von Geburtsstationen, Krankenhäusern und Schulen. Diesem entgegenzuwirken und immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, wird eine der vordringlichsten Aufgaben für uns als Partei, als Landesverband sein.

Es wäre fatal zu glauben, dass soziale Verbesserungen oder die Abwehr von Verschlechterungen alleine dem Rechtsruck den Boden entziehen könnten, da es verfestigte extrem rechte Milieus in Sachsen-Anhalt gibt, sie sind aber ein Teil dessen, was notwendig ist.

Wo stehen wir als Partei?

2007 schlossen sich PDS und WASG zur Partei DIE LINKE zusammen. Dieser Zusammenschluss war auch eine Folge der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Schrödersche Agenda 2010. Nicht nur wir haben **damals erkannt, dass der massive Sozialabbau nur durch eine breite Bewegung verhindert werden kann, die gesellschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Ausgangspunkten, aber einer gemeinsamen Zielstellung zusammenbindet**. Verbunden mit unserem Markenkern, dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, haben wir ein Signal der Hoffnung auf Veränderungen ausgesendet, was auf eine breite gesellschaftliche Resonanz stieß. Versäumt haben wir, auf dieser Basis die gesellschaftliche Anbindung zu stabilisieren und auszubauen, stattdessen wurden unsere inneren Widersprüche kultiviert und wir haben uns aus gesellschaftlichen Debatten zunehmend verabschiedet. Eine programmatische Unterersetzung und Fortschreibung der Erkenntnisse aus den Anfangsjahren wurde versäumt, genauso wie eine Weiterentwicklung des Markenkerns. Unsere gesellschaftliche Akzeptanz haben wir dadurch zunehmend verloren, wie auch an den Wahlergebnissen seit 2012 abzulesen ist.

Die Ergebnisse der Europawahlen dokumentieren diesen **massiven Bedeutungsverlust der Linken in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung**. Während bundesweit eine Halbierung der Ergebnisse zu verzeichnen war, verlor Die Linke im Osten insgesamt, auch in Sachsen-Anhalt, zwei Drittel ihrer Wähleranteile. In den Flächenländern Ost bewegen sich die Ergebnisse mit der Ausnahme von Thüringen zwischen 4,4 und 4,9 Prozent (Sachsen-Anhalt 4,8 Prozent) und machen deutlich, dass es sich hierbei um einen bundesweiten Trend handelt. Geringfügige Stimmengewinne in der Wählerwanderung von ehemaligen Wähler:innen der Grünen stehen massive Verluste in Richtung Nichtwähler-Lager, BSW und anderen Parteien gegenüber. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, bei denen sich die Stimmenanteile der Linken um 45 Prozent verringert haben. In manchen Kommunen liegt der Verlust bei über 50 Prozent. Im Verhältnis zu allen

anderen ostdeutschen Flächenländern ist dieser Verlust etwas geringer, allerdings muss beachtet werden, dass das BSW auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt nicht unter diesem Namen antreten durfte. Geringere Verluste gab es bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt vor allem dort, wo Die Linke mit Bürgermeister:innen vertreten ist und Gestaltungsspielraum hat.

Das zeigen uns Wahlergebnisse zur Kommunalwahl in Köthen, Bernburg, Aken, Hettstedt und Salzwedel. Darauf müssen wir aufbauen. **In den Kommunen sind wir nah an den Menschen.** Diese Nähe müssen wir weiter ausbauen. Sowohl unsere Oberbürgermeisterinnen Christina Buchheim in Köthen und Dr. Silvia Ristow in Bernburg, als auch unsere Ortsvorsteherin Christel Lück in Gräfenhainichen, unsere vielen Ortsbürgermeister:innen, unsere Mitglieder der Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte bis hin zu den Genoss:innen in den Ortschaftsräten, die konkrete linke Politik vor Ort machen und damit die Gesichter unserer Partei sind, haben zu solchen Hoffnungszeichen beigetragen. Mit Ines Schwerdtner hatte der Landesverband für die Europawahl eine außerordentlich aktive und überzeugende Kandidatin nominiert. Eine kritische und ehrliche Analyse der Europa- und Kommunalwahlen steht noch aus. Auch bei anderen Wahlen seit 2016 hat es diese nicht im notwendigen Umfang gegeben.

Der Landesvorstand legt bis zum Ende des III. Quartals eine Analyse der Europa- und Kommunalwahlen vor. Diese wird dann in Regionalkonferenzen mit den Genossinnen und Genossen diskutiert und es werden Schlussfolgerungen für die anstehenden Wahlen daraus gezogen.

Wir brauchen Klarheit und Konzepte.

Trotz des mutigen und engagierten Einsatzes der Wahlkämpfer:innen ist es **der Linken nicht gelungen, die Wähler:innen von linken Alternativen zum rechten Mainstream zu überzeugen.** Bei der Europawahlkampagne auf das Thema Umverteilung und soziale Themen zu setzen, traf auf eine Situation, in der Migration und der Krieg in der Ukraine die bestimmenden Themen waren. Während bei der Europawahl 2019 die Verteidigung der europäischen Integration gegen den Nationalismus der Rechtsextremen einen mobilisierenden Faktor darstellte, war dies bei den Europawahlen in diesem Jahr nicht mehr der Fall.

Insbesondere beim Thema Migration wurde deutlich, dass ein fehlendes schlüssiges Konzept seitens der Linken den rechten Vormarsch begünstigte. In der Frage des russischen Angriffs auf die Ukraine gab es neben übereinstimmenden Positionen in der Partei, wie die Ablehnung des Aufrüstungsprogramms der Bundeswehr, erhebliche Differenzen bei der Bewertung des Krieges. Die gesellschaftliche Debatte bewegte sich zwischen der Forcierung von Aufrüstung und NATO-Kriegsrhetorik auf der Seite von CDU, Grünen, FDP und Teilen der SPD und offener Sympathie oder stillschweigender Akzeptanz für den russischen Imperialismus aufseiten von AfD und BSW. Die Beschlusslage der Linken, diesen russischen Angriff zu verurteilen und mit bestimmten, nur auf die Kriegsfähigkeit Russlands zielenden Sanktionen zu antworten, auf der anderen Seite aber alles einzufordern, was einen schnellen Waffenstillstand einleitet, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen und Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet zu verbieten, wurde teilweise von Äußerungen aus der Partei konterkariert, aber vor allem fand diese auf der einen Seite differenzierte und auf der anderen Seite unvollständige Position in einer polarisierten Auseinandersetzung kaum Anklang.

Der Linken gelang es also nicht, überzeugende Antworten auf gesellschaftliche Konflikte zu geben. Interne Differenzen, insbesondere zum Gaza-Krieg, wurden auf die Straße und in die sozialen Medien getragen, statt sie intern zu diskutieren.
Wen sprechen wir an?

Da die Verluste in den unterschiedlichen sozialen Gruppen (nicht nur in Sachsen-Anhalt) differenziert ausfallen, stellt sich die Frage nach den Zielgruppen der Partei. Die Verluste sind besonders hoch bei der älteren Generation, bei Arbeiter:innen und Menschen mit geringem Einkommen knapp oberhalb des Bürgergeldes. Von diesen Gruppen hat Die Linke sich entfremdet. Sie wird nicht mehr als ihre Interessenvertretung wahrgenommen. Hier ist vor allem die Enttäuschung darüber ausgeprägt, dass es uns trotz Engagement in Protesten und in Parlamenten nicht gelungen ist, die Verschlechterung der sozialen Lage zu verhindern.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber auch gezeigt, dass es anders geht. Die Linkspartei in Finnland hat ein überragendes Ergebnis eingefahren, in Schweden, Dänemark und Frankreich ist man gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, auch aus Spanien, Italien und Belgien gibt es Hoffnungszeichen. Diese Parteien sind zum Teil mit sehr unterschiedlichen, aber in sich jeweils schlüssigen und abgestimmten Konzepten in die Europawahl gegangen. **Diesen Weg der Klärung können auch wir in einer solidarischen Form gehen, bei der aber am Ende der Diskussion für die Partei verbindliche Antworten stehen müssen.**

2 - Entwicklung der Partei und strukturelle Herausforderungen

Eine aktive Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern. Die Linke lehnt Spenden aus Unternehmen ab. Die politische Arbeit wird somit durch die Mitglieder und Sympathisant:innen finanziert. Zwar fanden seit 2023 bis zum Stichtag 1.7.2024 zahlreiche neue Mitglieder zu uns (229), doch verlor die Partei durch Austritte auch 427 Mitglieder. Das Durchschnittsalter ist mit 61 Jahren sehr hoch. Und es ist traurige Realität, dass zahlreiche treue Mitglieder (141) von uns gegangen sind. An sie denken wir auch weiterhin.

Der Mitgliederentwicklung in unserer Partei müssen wir mehr Aufmerksamkeit schenken. Aktiv und offensiv, um neue Mitglieder zu werben, die sich den politischen Zielen und Werten der Partei verbunden fühlen, verankert die Partei wieder stärker in der Gesellschaft. Uns ist bewusst, dass überzeugende politische Angebote, kluge Konzepte, Glaubwürdigkeit, eine gelebte innerparteiliche Demokratie und eine Kultur des aktiven Förderns, Einbeziehens und der Wertschätzung die besten Argumente für einen Eintritt in unsere Partei sind. Neumitgliedertreffen sind dabei ein Baustein, um das Ankommen in der Partei zu erleichtern. Aber auch dem Bleiben in unserer Partei müssen wir wieder mehr Beachtung schenken.

Das aktive Einbeziehen der Parteibasis in die politische Arbeit ist eine Daueraufgabe. Die Pflege unserer Mitgliedschaft findet natürlich in der gemeinsamen politischen Arbeit statt. **Dort, wo gemeinsam gearbeitet wird, entstehen Beziehungen zueinander und entsteht Vertrauen.** Dieses Geflecht ist wichtig, um Partei auch erlebbar zu machen. Die Linke ist eine Partei, die auch dann und besonders für ihre Mitglieder da ist, wenn es ihnen nicht so gut geht, wenn ältere Mitglieder Unterstützung brauchen oder Rat gesucht wird. Wir sind selbstverständlich die Kümmererpartei für die Menschen in unseren Gemeinden und Städten, wir sind sie aber auch für unsere Genoss:innen. Vielerorts organisiert Die Linke Sommerfeste,

Feste zum 1. Mai, aber auch Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung vom Faschismus und, und, und. Diese Veranstaltungen organisieren wir für die Menschen vor Ort, um mit ihnen in Kontakt zu treten.

Unsere Partei lebt ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und Spenden. Mit ihren Mandatsträgerbeiträgen sind die Abgeordneten eine verlässliche Quelle zur Finanzierung der politischen Arbeit des Landesverbandes. Die Abgeordneten entrichten ausnahmslos die Beiträge in voller Höhe. Auch dafür gebührt Ihnen Dank. Zudem entrichten die Abgeordneten Spenden an den Solidarfonds der Fraktion. Darin liegt ein wertvoller Beitrag, um die Solidarität der Linken spürbar zu machen. So haben die teilnehmenden Abgeordneten 24.000 Euro gesammelt und dafür gespendet, dass tausenden Kindern ein schönes Ferienerlebnis ermöglicht wurde. Die Linke hilft, wo sie kann.

Bei den Mitgliedsbeiträgen haben wir durchaus Reserven, sie werden selten an die Entwicklung des Einkommens angepasst und es gibt nach wie vor eine nicht unerhebliche Zahl beitrags säumiger Mitglieder. Das Ansprechen auf einen satzungsgemäßen Beitrag gehört zu den ständigen Aufgaben im Land und in den Kreisen. Spendenaufrufe besonders zu Wahlkampfzeiten finden durchaus Resonanz, vor allem bei Mitgliedern, aber auch bei Sympathisant:innen. Für diese sei allen Genoss:innen und Sympathisant:innen ausdrücklich gedankt.

Besonders in den ländlichen Regionen wird es jedoch immer schwieriger, diese Arbeit der Partei zu organisieren. Es gibt Kreisverbände, in denen auf Grund sinkender Mitgliederzahlen nicht alle Vorstände besetzt werden konnten. Die Mitgliedschaft ist räumlich verteilt und der Austausch dadurch schwierig. Zwar helfen digitale Formate bei der Vorstandsarbeit. Bei der Umsetzung von Kampagnen und auch in Wahlkämpfen spüren wir schon sehr deutlich, dass nicht mehr alles leistbar ist. Wir haben als Landesverband schon einmal einen Prozess der Regionalisierung erfolgreich gestaltet, jetzt soll zumindest die Möglichkeit ausgebaut werden, sich freiwillig in Regionalverbänden zu organisieren. Grundsätzlich wollen wir die notwendige Unterstützung des Ehrenamts in der Fläche absichern.

Dass die AG Struktur ihre Arbeit nicht beendet hat, hat viele Gründe. **Der neu gewählte Vorstand wird mit seiner Konstituierung eine neue AG Struktur berufen, die dem nächsten Parteitag zügig (bis zum Ende des II. Quartals 2025) einen breit getragenen Strukturvorschlag unterbreitet.** Dabei werden die Kreis- und Stadtverbände ebenso einbezogen wie der Jugendverband. Die Federführung für diesen Prozess wird die neue Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden übernehmen. Die Entwicklung der Ressourcen wird ebenso Berücksichtigung finden wie die Bedarfe vor Ort. Aufgabe der AG Struktur soll es sein, Vorschläge zur Anpassung der Strukturen, besserer regionaler Zusammenarbeit, der Weitergabe von Wissen generations- und regionenübergreifend zu erarbeiten. Dabei müssen die schwindenden personellen und finanziellen Ressourcen ebenso berücksichtigt werden wie die Bedarfe vor Ort.

Gerade jetzt sind die Erwartungen an unsere Mitarbeiter:innen besonders hoch. Sie sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst und werden sich mit aller Kraft für unsere Partei starkmachen, insbesondere bei der Unterstützung des Ehrenamtes. Die Zusammenarbeit vor Ort muss aber auch auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruhen. Dazu gehören gute Kommunikation auf Augenhöhe und das gegenseitige Verständnis, wenn etwas nicht leistbar ist.

Wie organisieren wir die inhaltliche Arbeit der Partei?

Die inhaltliche Arbeit der Partei wurde bislang auch in den Landesarbeitsgemeinschaften organisiert. Wir müssen feststellen, dass von den zahlreichen Landesarbeitsgemeinschaften nur noch wenige aktiv sind. Die Landesarbeitsgemeinschaften dienen dazu, inhaltliche Impulse in die Partei zu tragen und umgekehrt Themen ins parlamentarische Feld zu tragen. Wir brauchen wieder tragfähige Strukturen, um diesen inhaltlichen Prozess zu organisieren. Hierzu wird der Vorstand schnellstmöglich mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden sowie Interessierten beraten.

Die politische Bildung im Landesverband müssen wir neu organisieren. Die Bildungsangebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Kommunalpolitischen Forums müssen wir wieder stärker nutzen. Ihre Kompetenzen werden gebraucht.

Um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, wird der Landesvorstand eine Gruppe von Genoss:innen einberufen, die erfolgreich die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort organisieren. Ziel ist es, sich über erfolgreiche Methoden und Formate auszutauschen und diese flächendeckend anzuwenden. Das umfasst die klassischen Medien genauso wie die modernen digitalen Kommunikationswege. Hierbei soll insbesondere die jüngere Generation mit einbezogen werden. Wir wollen verstärkt Workshops und Bildungsmöglichkeiten anbieten.

Den Generationenwechsel ermöglichen

Unsere Partei hat sich gewandelt: Immer mehr Mitglieder sind in den letzten Jahren eingetreten. Auf diese Neueintritte sind wir angewiesen und begrüßen sie ausdrücklich. Wir freuen uns, wenn jüngere Genoss:innen vor Ort Verantwortung übernehmen und wollen noch mehr Möglichkeiten dafür eröffnen. Langgediente Mitglieder, die die Arbeit der Partei auf beeindruckende Weise über Jahre getragen haben, und neue Mitglieder können stark voneinander profitieren und gemeinsam die Partei stärken.

Dieser Prozess muss organisiert werden. Die Arbeit der Linksjugend muss verbindlicher in der Arbeit der Partei eingebunden werden. Auch hier sind gegenseitiger Respekt und Vertrauen unerlässlich. Dort, wo der Generationenwechsel gelingen soll, braucht es das Vertrauen in die neuen Verantwortungsträger:innen, eine **Kultur des Ausprobierens und Ermöglichens** und das Zugeständnis, dass ausgetretene Pfade auch einmal verlassen werden können, um Neues zu erschließen. Für gewählte Stadt- und Kreisvorstände wollen wir stärker auf Bildungsangebote der Bundespartei zurückgreifen und sie in Sachsen-Anhalt anbieten, um die Kreisvorstandsarbeit zu erleichtern.

3 - Die Linke. Neue Stärke gewinnen

Die Linke ist dort stark, wo sie in der Breite der Gesellschaft und in der Kommunalpolitik verankert ist. Wir müssen auf die drängenden Fragen unserer Zeit Antworten formulieren und wieder in die Breite tragen. Wir müssen klar sagen, wofür Die Linke in einem immer breiter werdenden Parteienspektrum steht. Wir haben dafür nicht viel Zeit, aber es wird sich lohnen.

Viele unserer Genoss:innen, gerade die Älteren, wissen aus den Nachwendejahren noch ganz genau, wie die PDS – trotz all dem Gegenwind – erfolgreich Wahlkämpfe

geführt hat. Dazu gehört die Erkenntnis: **Politik muss erlebbar sein. Dazu gehört die Stärkung der vorpolitischen Arbeit.** Das heißt, über vermeintlich unpolitische Veranstaltungen wie Kinderfeste, Flohmärkte, Friedensmärsche oder Lesungen holen wir die Menschen aus der wachsenden Einsamkeit in die Gemeinschaft und schaffen gemeinsame Erlebnisse. Diese Begegnungen können so die politische Meinungsbildung unterstützen.

Wir müssen uns an den Themen und den sozialen Interessen der Mehrheit orientieren. Der Kampf für den Mindestlohn, der von der PDS damals zuerst in ein Parlament getragen wurde, unser langjähriges Engagement für gute Arbeit, Rentengerechtigkeit und der Einsatz für niedrige Mieten und eine starke Daseinsvorsorge sind Beispiele für konkrete Politik, von der die übergroße Mehrzahl der Menschen profitiert.

Wir werden vor allen Dingen dann wirkmächtig, wenn wir nicht die Widersprüche verschiedener Gruppen betonen, sondern eine gemeinsame sozialistische Basis für unsere Politik schaffen. Denn es wird in dieser Zeit der Desorientierung nicht funktionieren, wenn andere Themen immer wieder unsere zentralen Anliegen überlagern.

Wir sind die Partei derjenigen, die in Zeiten des Neoliberalismus Umverteilung, einen starken Sozialstaat, gute Löhne und Gerechtigkeit brauchen! Gute soziale Politik für alle ist oft die beste Politik für alle Benachteiligten – und kann unterschiedlichste Menschen vereinen und die Grundlage dafür sein, erfolgreich Verbesserungen zu erkämpfen. Eine wirkmächtige linke Partei ist deshalb keine Partei „nur“ für Linke, sondern für alle Lohnabhängigen, für Rentner:innen, für Arbeitslose und Familien. Sie ist für diejenigen da, die sonst keine Stimme im Parlament mehr haben. Wir müssen diejenigen wieder ansprechen, die mit den herrschenden Verhältnissen und deren Parteien unzufrieden sind, diejenigen, die den Klassenkampf von oben täglich zu spüren bekommen und genau wissen, dass die Reichen in den letzten Jahren immer reicher geworden sind. Das sind Familien, Rentner:innen oder Abgehängte, Ausgegrenzte, Frustrierte und Resignierte. Wir gehen gezielt zu den Leuten, die schon lange vergessen wurden, in die Viertel.

Es hilft uns, wenn sich die anderen Parteien in Bezug auf uns definieren und uns und unseren Themen damit mehr Reichweite geben, als wir aus eigener Kraft erzielen könnten. Deshalb müssen wir zentrale Kernthemen auf Kommunal- sowie Landesebene ausmachen. Das sind in Sachsen-Anhalt vor allem gleichwertige Lebensverhältnisse, insbesondere bei Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Wenn die Landesregierung so weitermacht wie in den letzten Jahrzehnten, dann wird sich der Lehrermangel in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Auch werden weitere Stationen in den Krankenhäusern oder ganze Kliniken schließen. Die Armut unter Kindern und Jugendlichen, Azubis und Studierenden, Alleinerziehenden und Rentner:innen wird weiter anwachsen. Die einzige Partei, die dem etwas entgegengesetzt, ist Die Linke. Wir müssen bei diesen Themen beharrlich bleiben, gerade weil der Frust über den Niedergang des Bildungs- und Gesundheitssystems im Land groß ist. Sicherheit bedeutet auch bezahlbare Mieten, gute Pflege im Alter oder bei Krankheit, bezahlbar von A nach B zu kommen, gute Bildung und Ausbildung, die später einen guten Lebensunterhalt sichern.

Forderungen im Landtag zu stellen, ist das eine. Genauso wichtig ist es, die Forderungen auf die Straße zu tragen und in der Gesellschaft um Mehrheiten für unsere Forderungen zu ringen. Auch hier sind wir in Sachsen-Anhalt erfahren genug. Das Bündnis „Den Mangel beenden“ hat tausende Unterschriften gesammelt. Im

Salzlandkreis wurde unter dem Motto „No Teacher No Future“ eine Kampagne entwickelt, die eine breite Basis trägt. Das sind alles Anknüpfungspunkte für unsere Politik, die zeigen: Die Linke kann Lösungen vorschlagen, die Anklang bei der Breite der Gesellschaft finden.

Zu einem authentischen Auftreten als Partei gehören auch authentische Personen, die dauerhaft beständig die zentralen Themen kommunizieren. Sie sind unsere Visitenkarten. Unser Anspruch ist es, mit unseren Mandats- und Funktionsträger:innen immer ansprechbar, nahbar und auf Achse für Die Linke zu sein. Wir wollen Menschen zum Mitmachen einladen. Wir sind permanent ansprechbar und sichtbar. Wenn wir Vertrauen aufbauen wollen, dann müssen wir auch vertrauenswürdig auftreten.

Unsere Mitglieder des Bundestages und des Landtages tragen eine große Verantwortung, um die Inhalte der Partei zu verbreiten und umzusetzen. Sie werden nach politischen Einschätzungen und unseren konkreten Forderungen im Alltag gefragt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass hier eine enge Zusammenarbeit mit der Partei stattfindet und aktuelle Debatten und Beschlusslagen sich in pointierter Weise in der parlamentarischen Arbeit wiederfinden.

Linke Politik braucht Öffentlichkeit – auch wenn sie noch nicht die perfekte Lösung beinhaltet. Wenn wir gemeinsam eine Kommunikationsstruktur und -kultur leben, die die Stärke in der Verschiedenheit und nicht in der Meinungshoheit sieht, werden wir für verschiedene Menschen attraktiv und können sie für uns gewinnen. Die schrumpfende Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt sowie das rapide Anwachsen neuer Social-Media-Plattformen zwingen uns förmlich dazu, unsere Kommunikation nicht nur vom Parlament auf die Straße zu verlagern, sondern auch in den sozialen Medien und auf eigenen Kanälen präsent zu sein. Wir müssen jetzt mit allen Mitteln für maximale Aufmerksamkeit sorgen. Dazu gehört auch: Rein in die gesellschaftlich brisanten Debatten – auch wenn es weh tut. Wir müssen den Mut haben, mit Aussagen (bei der politischen Konkurrenz) auch einmal anzuecken. Im politischen Streit manifestieren sich Kernbotschaften und Profile von Parteien.

Als Partei Die Linke wollen wir Solidarität und Wertschätzung nicht nur propagieren, sondern leben. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der Parteiarbeit. Die Parteiämter müssen ausgewogen besetzt sein und politische Konflikte moderieren. Die Partei muss mit möglichst kreativen Aktionen die Herzen der Menschen erobern und mit ihnen auf Augenhöhe kommunizieren. Wir müssen den Menschen wieder deutlich machen, dass wir glaubwürdig ihre Interessen vertreten. Als Weg dorthin hat die Bundesarbeitsgemeinschaft „Die Linke hilft“, nach dem Vorbild der KPÖ, Leitfäden entwickelt, die uns helfen können, wieder stärker in Erscheinung zu treten: durch direkte Hilfsangebote und Sozialberatung in den bestehenden Büros der Linken im Land. Auch in Sachsen-Anhalt haben wir bereits eine breite Praxis von Hilfsangeboten und Küchen für alle, die wir ausbauen können.

Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden. Unsere Idee des demokratischen Sozialismus ist lebendig, weil wir wissen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Wir kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft in den Kommunen, im Land und im Bund!

Beschluss der 2. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg